

Calmer Calwblatt

Nr. 72.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Verrechnungswerte: einmal wöchentlich, Anzeigenspreis: Die kleinste Seite 100 Pf. 100
Reklamen 200 Pf. 4. —. Zur Sammelanfertigung kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspre. 9.

Montag, den 27. März 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellung 20 Pf. — vierteljährlich, Postbezugspreis 60 Pf. — mit Beleggeb. — Zahlung der Anzeigenannahme 4 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Ueber die Erklärung, die die deutsche Regierung morgen zur neuesten Reparationsnote der Entente abgeben wird, sind keine neuen Gesichtspunkte bekannt geworden. Wie man hört, wird der Reichskanzler und nach ihm Rathenau sprechen, und zwar in dem Sinne, daß die Forderungen in der jetzigen Form als nicht erfüllbar erachtet werden. Der Verhandlungsweg wird also wohl nicht durch ein kategorisches Nein verschlossen werden.

Die Außenminister der Großen Entente haben sich nun anscheinend über die türkische Frage geeinigt, mit dem voraussetzenden Ergebnis, daß mit gewissen einschneidenden Einschränkungen das gesamte Gebiet des türkischen Reichs politisch und wirtschaftlich unter die Kontrolle der Entente gestellt wird.

Die englische Regierung veröffentlicht ein kurioses Schriftstück über ihre Ansichten, die sie den Alliierten vor dem endgültigen Abschluß der Versailler Friedensbedingungen kundgegeben hat, und in dem der Wunsch Englands nach einer wirtschaftlichen Konsolidierung Deutschlands zum Ausdruck kommt. — Selbstverständlich erst, nachdem man es militärisch völlig machtlos gemacht und außerdem ausgeraubt hat. Die Note soll anscheinend ein Stieb gegen Frankreich sein wegen seiner unmöglichen Forderungen und gleichzeitig eine vornehme Geste für Genua. Der Quai d'Orsay hat natürlich sofort pariert, und macht die Engländer darauf aufmerksam, daß sie diesen Edelmut doch nur in ihrem Interesse betätigt hätten. Ob auf dieses widerliche Gauklerstück der Entente-Diplomatie auch noch einer hereinfällt? Aber bekanntlich usw.

England, Frankreich und der Versailler Frieden.

Eine Denkschrift Lloyd Georges vor Festlegung der Versailler Friedensbedingungen.

London, 23. März. Heute ist als offizielles Dokument eine Denkschrift Lloyd Georges veröffentlicht worden, die dieser am 25. März 1919 der Friedenskonferenz vorgelegt hatte. Die Denkschrift ist überschrieben: „Einige Erwägungen für die Friedenskonferenz vor der endgültigen Redaktion der Friedensbedingungen“. Es heißt darin u. a., der Friedensvertrag dürfte nicht, wie der von Frankfurt, einen neuen Krieg in sich tragen, sondern er müsse einen dauernden Frieden sichern und die verschiedenen Rassen müßten soweit wie möglich ihrem Mutterlande zugeführt werden. Die Zahlung der Reparationen müsse womöglich mit dem Verschwinden der gegenwärtigen Generation beendet sein. Die deutsche Regierung müsse beim Unterzeichnen des Friedensvertrags das Bewußtsein haben, daß sie die übernommenen Verpflichtungen erfüllen könne. Sobald Deutschland die Friedensbedingungen angenommen habe, müßten ihm die Weltmärkte auf der Grundlage der Gleichberechtigung geöffnet werden und sein wirtschaftliches Wiederaufleben müßte mit allen möglichen Mitteln erleichtert werden. Das Dokument enthält weitere Bemerkungen über die bolschewistische Gefahr und einen Hinweis auf die Notwendigkeit einer amerikanisch-englischen Garantie für Frankreich, bis der Völkerverbund bewiesen hat, daß er imstande ist, den Frieden und die Freiheit der Welt aufrecht zu erhalten. Wenn man auch Deutschland seine Kolonien nehme, seine Wehrmacht auf die Stärke einer Polizeitruppe bringe und seine Flotte zu einer solchen 5. Ranges mache, werde Deutschland wenn es wolle, das es im Frieden von 1919 ungerecht behandelt werde, trotzdem Mittel finden, um an den Siegern Vergeltung zu üben. Man solle Deutschland einen gerechten Frieden bieten und in dem Friedensvertrag an die erste Stelle die Bedingung setzen, daß wir Deutschland, wenn es einmal unsere Bedingungen annimmt, die Rohstoffe und die Märkte der Welt unter den gleichen Bedingungen wie wir sie haben, zugänglich machen und alles tun, um dem deutschen Volke zu ermöglichen, wieder hoch zu kommen. Wir müßten Bedingungen anbieten, die eine verantwortliche Regierung in Deutschland auch durchzuführen imstande ist. — Wie nett von Herrn Lloyd George, daß er uns gütigst gestatten wollte, als Sklaven der Entente weiter zu vegetieren und für sie zu arbeiten.

Clemenceau's Antwort.

Paris, 26. März. Als Antwort auf die englische Veröffentlichung des Memorandums, das Lloyd George am 26. März 1919 der Friedenskonferenz in Paris übermittelt hat, veröffentlicht das „Echo Nationale“ heute die 3 Tage später erfolgte Erwiderung Clemenceaus. Dieser erklärte sich dabei vollkommen einverstanden mit dem allgemeinen Ziel der von Lloyd George verfaßten Note, einen gerechten (?) und dauerhaften Frieden zu schließen. Deutschland gemäßigte Bedingungen zu stellen, wäre nur zulässig, wenn der Krieg mit Deutschland lediglich ein europäischer gewesen wäre. Um Deutschland zu beruhigen — wenn man schon Wert darauf lege — müßte

man ihm Zugeständnisse kolonialer und maritimer Art und Zugeständnisse auf dem Gebiete der Entwicklung des Außenhandels anbieten. Die Note vom 26. März spreche aber nur von territorialen Zugeständnissen in Europa. Man dürfe aber nicht die Völker der neun mitteleuropäischen Staaten dem Bolschewismus zum Opfer bringen, indem man ihnen unannehmbare Grenzen zu Gunsten Deutschlands aufzwingt. Die Politik der französischen Regierung werde diese jungen Völker entschlossen und freigebig unterstützen. — Die Note Clemenceaus geht alsbald auf den Gedanken ein, der zu schließende Frieden müsse Deutschland gerecht erscheinen, und erklärt, daß es nicht sicher sei, daß Deutschland den Begriff Gerechtigkeit so auffasse wie die Alliierten. (Sehr richtig!) Die Alliierten, die zusammen gekämpft hätten, müßten den Sieg daher mit einem für alle gleichen Frieden beenden. Nach englischer Methode würde eine Anzahl von Garantien den Entente zugestanden werden, welche den deutschen Einfall nicht erduldet hätten. Den Staaten des Festlandes würden aber nur Teilszugeständnisse vorbehalten, so hinsichtlich der Grenzen von Polen und Böhmen, des Frankreich angebotenen Gebietschutzes und auch hinsichtlich der für die Saarländer vorgeschlagenen Regelung. Den alliierten Ländern, die am schwersten die Notlage des Krieges getragen hätten, die Kosten des Krieges aufzubürden, sei ungerecht. Es sei wesentlich, daß sie die Ueberzeugung hätten, daß der Friede gerecht sei. Sonst werde nicht nur in Mitteleuropa der Bolschewismus zu befürchten sein, denn er fasse, wie man gesehen habe, am leichtesten in den Ländern Fuß, die eine nationale Enttäuschung erlebten.

Vor Genua.

Vorbesprechung über die morgen zu erwartende Kanzlererklärung.

Berlin, 25. März. Am Montag nachmittag um 3 Uhr sollen, wie die „B. Z.“ am Montag“ meldet, die Ministerpräsidenten der Länder die Erklärungen des Reichskanzlers zur Reparationsnote entgegennehmen. Es wird sich darum handeln, wie weit die Länder noch weitere Lasten und Einschränkungen tragen zu können glauben. Nach dieser Ministerkonferenz werden dann die Parteiführer vom Reichskanzler über den Standpunkt, den er am Dienstag in seiner Rede im Reichstag einnehmen will, unterrichtet werden. Am Dienstag vormittag wird in den Fraktionsführungen endgültig über die Stellungnahme der Parteien zur Kanzlererklärung entschieden werden.

Lloyd George wieder „ganz wohl“.

London, 25. März. Den „Times“ zufolge wurde gestern in der Downingstreet erklärt, daß Lloyd George sich jetzt wieder ganz wohl befinde und daß er der Konferenz von Genua mit dem größten Interesse entgegenstehe. Der erste Teil der britischen Delegation werde am 4. April, der Hauptteil am 8. April abfahren, um mit den italienischen Behörden in Genua über die Unterkunftsverhältnisse zu verhandeln.

Die Vorkonferenz der Ententestaaten in London.

London, 25. März. Die „Times“ berichtet, daß bei der gestrigen Beratung der Sachverständigen-Konferenz im Handelsamt die russische Frage erneut behandelt wurde. Die französischen und belgischen Vertreter unterbreiteten der Konferenz erneut einen Vorschlag zur Schaffung ergänzender Garantien für den Schutz der Personen und des Eigentums von Ausländern in Russland. Jeder der Delegierten wird nun von seiner Regierung einen Bericht unterbreiten.

Amerika will wieder offiziell in den Ententekommissionen mitwirken.

Newport, 25. März. (Funkpruch.) Die leitenden Stellen der Regierung sind zu der Ansicht gekommen, daß den Interessen Amerikas in besserer Weise als bisher gedient werde, wenn ein offizieller Vertreter zu der die deutschen Angelegenheiten behandelnden alliierten Kommission entsandt werde.

Angewählter amerikanischer Druck auf Frankreich?

Paris, 26. März. Nach einer Havasmeldung aus Washington haben die Vereinigten Staaten den alliierten Regierungen eine neue Note zugehen lassen, in der erklärt wird, die Behandlung der amerikanischen Forderung betreffend die Besatzungskosten werde nicht von der Möglichkeit berührt, daß die französische Besatzungskostenrechnung noch nicht völlig beglichen sei. — Hierzu bemerkt „Echo de Paris“, die Note scheine zum Ausdruck zu bringen, daß Amerika auf Frankreich einen Druck auszuüben beabsichtige, um die Beschränkung der Rüstungen durchzuführen.

Eine Heerde des französischen Handelschiffahrtsministers gegen Deutschland.

Paris, 25. März. Im Senat antwortete der Handelsminister dem Abgeordneten Brindeau auf seine Interpellation über die gegenwärtige Krise der Handelschiffahrt: Diese Krise sei allgemein, weshalb auch Portu-

gal, Spanien, Brasilien und Belgien Schutzmaßnahmen ergreifen hätten. England habe ein Gesetz geschaffen zum Schutze dessen, was es die Schlüsselindustrie nennt. Deutschland habe eine Politik eingeleitet, die falls sie durchgeführt werde, geeignet sei, den französischen Interessen zu schaden. Als wir die Bonkottierung, die über unsere Schifffahrt verhängt worden war, feststellten, haben wir auf diplomatischem Wege Schritte unternommen und Deutschland aufgefordert, den Weg des allgemeinen Rechts zu beschreiten und den Frieden von Versailles zu achten. Da es nicht antwortete, genügte es, während dreier Tage streng unsere Zollvorschriften anzuwenden, um Deutschland zu Verhandlungen zu veranlassen. Von jetzt ab werden unsere Schiffe das Recht haben, in Deutschland Kohlen einzunehmen. Sie werden das Recht haben, Auswanderer aufzunehmen. Ich werde darüber wachen, daß unsere Rechte gewahrt werden. Sollten die geringsten Verstöße dagegen unternommen werden, so werde ich die Zollverwaltung ersuchen, die französischen Bestimmungen genau zur Anwendung zu bringen. Deutschland hat 2 Milliarden zum Wiederaufbau seiner Flotte ausgegeben. Mit dem Gelde, das es uns schuldet, unterstützt es die Schifffahrtsgesellschaften.

Die bolschewistische Delegation für Genua.

Berlin, 25. März. Als Vorposten der russischen Delegation in Genua sind, wie die „B. Z.“ am Montag“ mittelt, in Berlin der Sowjetpräsident der Ukraine, Rakowski und Karl Rabel bereits eingetroffen. Rakowski erwartet hier die übrigen von Tschitscherin und Krassin geführten Delegierten, die anfangs April hier eintreffen. Die Delegation setzt sich, dem genannten Blatt zufolge, aus Vertretern sämtlicher Sowjetrepubliken von Moskau bis in den Kaukasus und über den Ural hinaus zusammen. Sie bildet aber für Genua eine einheitliche Delegation mit einheimischen und unbefristeten Vollmachten, die vom allrussischen Zentralkomitee bestätigt sind.

Dernburg über die Unerfüllbarkeit der neuen Forderungen.

Köln, 26. März. Bei Eröffnung der Werbeweche der Deutsch-demokratischen Partei sagte heute Reichsminister a. D. Dr. Dernburg in einer stark besuchten Versammlung u. a., daß die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands schwer bedroht sei. Die Zugeständnisse der Entente könnten nicht als Moratorium bezeichnet werden, da sie uns neue Lasten auflegten, die selbst bei einer Finanzkontrolle und bei weiteren 60 Milliarden neuer Steuern nicht geleistet werden könnten. Das Gebot der Stunde sei daher, den alliierten Regierungen die Unerfüllbarkeit dieser Forderungen klar zu machen und damit den Weg zu vernünftigen Verhandlungen freizumachen. Was uns not tue, sei ein wirkliches Moratorium das eine Atempause von 5—10 Jahren vorsehe, in der der eigene Wiederaufbau vorgenommen und Unterlagen für Kredite und internationale Anleihen geschaffen werden können. Dies müsse auch in Genua deutlich gesagt werden. Für die Erlangung des Kredits sei aber noch ein besonderes Vertrauen im Ausland nötig und dieses könne nur erreicht werden, wenn wir an der Erfüllungspolitik festhielten, soweit wir könnten. Alle diejenigen, die die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen ablehnten, trieben Sabotage am Kredit des deutschen Vaterlands.

Ein Schweizer Urteil über die neuesten unmöglichen Forderungen der Reparationskommission.

Bern, 26. März. Die „Nationalzeitung“ untersucht in ihrem Handelsbeilieg die neuesten Forderungen der Reparationskommission und kommt zu dem Schluß, daß sie ihr Ziel erreichen werde, denn sie begehe den Grundfehler, von der Inflation und nicht von der eigentlichen Ursache, der wirtschaftlichen Zerrüttung, auszugehen. In den neutralen Staaten halte kein Sachkundiger es für möglich, daß der von der Reparationskommission eingeschlagene Weg sie ans Ziel führen werde.

Die Beratungen der Ententeminister über die Orientfrage.

Paris, 25. März. Poincaré, Lord Curzon und Schanzer hielten heute nachmittag in Gegenwart ihrer Berater am Quai d'Orsay von 3—7½ Uhr eine zweite Beratung ab, nach deren Beendigung folgende Note veröffentlicht wurde: Die drei Außenminister haben nach abermaliger Befragung der militärischen Sachverständigen die Prüfung der Bedingungen beantragt, unter denen die Freiheit (?) der Meerengen gesichert werden soll. Sie haben hierauf nach Anhörung der technischen Sachverständigen die Prüfung der finanziellen Bedingungen beendet. Betreffend Albanien beschloßen sie außer den allgemein vorgeschlagenen Bedingungen für den Schutz der Minderheiten in Europa und Asien die Vermittlung des Völkerverbundes nachzuführen, um die albanischen Bestrebungen zu regeln. Sie werden morgen vormittag die Prüfung der iragischen Frage fortsetzen und sich dann mit der Revision der Bestimmungen des Ver-

cher Hof
3 Uhr
Feind!
n:
tralien.
ad. Hof
ank
Bräu
auerei
ach.
e wie in
ack und
eimischen
Rafz.
Landwirtel
hflachs,
entuche
r Art um.
fernung von
en werden.
Wolke-
straße 77.
te 5 und 13.
Westbahnhof.
ykauf!
22 werden
e
Messing
Binn
and sonstige
(um)
Preisen
Meßger
alw.
u
uernden, gutbe-
erwarenfabrik,
94.
rer
rfa u.

trages von Sevres über die Kapitulationen, die türkischen Militärverhältnisse und die Gendarmerie beschäftigen. Die nächste Sitzung findet morgen vormittag 10 Uhr statt.

Paris, 25. März. Die Versammlung der Außenminister beschäftigte sich damit, die Grundzüge festzustellen, nach denen das finanzielle Problem bei der Wiederherstellung des Friedens im nahen Osten geregelt werden soll. Die Vorprüfung wurde einem Ausschuss von finanziellen Sachverständigen übertragen.

Die Türkei unter die Finanzkontrolle der Entente gestellt.

Paris, 25. März. Die Agence Havas glaubt zu wissen, daß die Außenminister die finanzielle Verwaltung der Türkei auf der Grundlage eines Vergleichs zwischen den auswärtigen Bestrebungen und dem Wunsch der Alliierten nach Beibehaltung gewisser Garantien geregelt habe. Man würde fast zur früheren Auffassung über die ausländische Schuldenverwaltung kommen, doch solle Italien ein größerer Anteil an der Kontrolle der türkischen Finanzen eingeräumt werden. Die Konferenz regelte dann die Frage der Freiheit der Meerengen. Das anatolische Ufer wurde neutralisiert, aber nicht der Kontrolle der Meerengenkommission überlassen. Die Halbinsel Gallipoli soll Griechenland überlassen werden. Als Grenze Thrakiens sind die Engländer nicht geneigt, die Linie Enea-Midia anzunehmen. Adrianopol soll daher bei Griechenland verbleiben.

Griechenland nimmt den Waffenstillstandsvorschlag der Entente an.

Paris, 26. März. Nach einer Havasmeldung aus Athen hat die griechische Regierung heute nacht den alliierten Gesandtschaften die Antwort auf den Waffenstillstandsvorschlag übermittelt. Griechenland nimmt den Vorschlag an, macht jedoch einige Vorbehalte technischer Art über die militärischen Bedingungen.

Ausland.

Die österreichisch-ungarischen Reibereien wegen des Burgenlandes.

Sanerbrunn (im Burgenland), 27. März. Vorgestern nacht wurde in der Nähe von Apellon ein Gendarm, der sich auf Patrouille befand, von einer Freischärler-Bande erschossen. Von dem herbeigeeilten Gendarmeposten von Apellon verfolgt, zog sich die Bande auf die neutrale Zone zurück. Die österreichische Regierung erhob wegen des Vorfalls scharfen Protest bei der ungarischen Regierung. Auch die Vertreter der Entente wurden verständigt.

Lenin schwer erkrankt?

Berlin, 27. März. Nach der „Neuen Berl. Ztg.“ hat der Vorsitzende der Moskauer Sowjets den Zustand Lenins, der an einem Krebsleiden erkrankt sei, für so ernst erklärt, daß an einer weiteren Teilnahme Lenins an der Regierung vorläufig nicht zu denken ist.

Annahme des Biermächte-Abkommens über den Stillen Ozean durch den amerikanischen Senat.

Newyork, 24. März. (Funkpruch.) Mit 67 gegen 27 Stimmen erfolgte im Senat die gemeldete Annahme des Biermächte-Abkommens nach Ablehnung von ungefähr 20 Abänderungsanträgen und Vorbehalten. Die Vorbehalte, die angenommen wurden, und denen Präsident Harding zustimmte, wurden in den folgenden Satz zusammengefaßt: Die Ver. Staaten nehmen an, daß in diesem Vertrag keine Verpflichtung zum Einschreiten bei bewaffnetem Gewalt, kein Bündnis und keine Verpflichtung, sich an irgendwelchen Verteidigungsmaßnahmen zu beteiligen, erblickt werden darf.

Bersäuerung des amerikanischen Alkoholverbots gegen Ausländer.

Newyork, 26. März. Der Vorsitzende der Einwanderungskommission des Repräsentantenhauses hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der für fremde Staatsangehörige bei Verstößen gegen das Antialkoholgesetz Landesverweisung vorseht.

Zum bevorstehenden Bergarbeiterstreik in Amerika.

Washington, 24. März. Dr. Generalstaatsanwalt hat eine Warnung an die Bergarbeiter erlassen, in der es heißt, die Regierung werde während des bevorstehenden Bergarbeiterstreiks keine Gewalttätigkeiten dulden.

Deutschland.

Zum Metallarbeiterstreik in Bayern.

München, 23. März. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Nürnberg melden, ist dort die Aussperrung der Arbeiter in dem dem Verband bayerischer Metallindustrieller angehörenden Betrieben völlig durchgeführt. Einschließlich der durch die Aussperrung Betroffenen dürften sich in Bayern rund 60 000 Metallarbeiter im Ausstand befinden.

Eine Hofdame der verstorbenen Zarin wegen Diebstahls verurteilt.

Berlin, 27. März. Nach den Morgenblättern ist eine Hofdame der verstorbenen Zarin wegen Diebstahls in das Berliner Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Die Verhaftete, die in erster Ehe mit einem russischen General verheiratet war, hatte später einen deutschen Stabsarzt a. D. geheiratet, nach dessen Tod sie in Deutschland blieb. Da seit Ausbruch des Krieges die Zuschüsse aus ihrer russischen Heimat ausblieben, erwarb sie sich als Dolmetscherin in Gefangenenlagern den Lebensunterhalt. Als mit Beendigung des Krieges auch diese Einnahmequelle versiegte, geriet sie auf die schiefte Ebene und beging eine Reihe von Betrügereien und Diebstählen an ehemaligen Landesleuten.

Frecher Diebstahl.

Berlin, 23. März. Aus einer Villa in Dahlem wurden gestern am hellen Tag Perlenketten und andere Schmuckstücke aus Gold und Platin im Gesamtwert von über 2 Millionen gestohlen, darunter ein goldener Anhänger mit einer Transvaalmünze, das Bildnis des Präsidenten Stein darstellend. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt worden.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Markterlaubnisgesuch der Gemeinde Neuweiler, Oberamt Calw.

Die Erlaubnis zur Abhaltung eines Jahr-, Vieh- und Schweinemarktes am dritten Donnerstag des Monats Juli ist abgelaufen.

Die Gemeinde Neuweiler hat die Erlaubnis dieser Genehmigung beantragt.

Einwendungen gegen das Gesuch sind binnen 10 Tagen bei dem Oberamt Calw einzureichen.

Calw, den 21. März 1922.
Oberamt: Bögel, Amtmann.

Vermischtes.

Wie geistige Arbeit eingeschätzt wird.

Aus Breslau wird gemeldet: Ein Studienreferendar, der unter der Not der Zeit sehr zu leiden hat, wohnt auf demselben Flur wie ein Schneider. Der Schneider arbeitet tagsüber in einem Geschäft und dann abends für eigene Rechnung zu Hause. Seine Einnahmen hat er selbst gelegentlich auf 60—70 000 M beziffert. Am Weihnachten trat er an den Studienreferendar heran mit der Frage, ob dieser seinem Sohn Stunden geben möchte, und was er dafür verlange. Der Referendar erklärte sich dazu bereit, sagte, daß auch für ihn gewisse Tariffätze vorhanden seien, daß er aber als Nachbar von ihm nur ebensoviel verlange, wie er, der Schneider, selbst an Stundenlohn beziehe. Da meinte der Schneider, das sei doch zuviel, und er werde jemanden suchen, der es billiger macht!

Die Haft des Großkälters als Todesursache.

Ein anschauliches Bild von dem Leben des heutigen Newyorkers ist in einem Bericht des Gesundheitskommissars dieser Stadt enthalten, der die Zunahme von Todesfällen infolge von Herzschlag gegenüber dem letzten Jahre zu erklären sucht. „Er ist stets auf dem Trab, sagt der Bericht, vom Aufstehen bis zum Schlafengehen hebt er sich ab. Er eilt die Treppen der Untergrundbahn hinauf, immer zwei Stufen auf einmal. Die Transportmittel sind so überfüllt, daß er bei drei Fahrten höchstens einmal einen Sitzplatz erwirbt. Er ist nervös, auch wenn er ausruhen kann. Er verjährt seine Mahlzeiten in aller Hast, und wenn er spät abends nach einer langen Fahrt in der Untergrundbahn gerade zur Zeit des größten Andrangs bei Theaterabschluß heimkommt, so hat er den Tag über auch nicht einen einzigen Augenblick Ruhe gehabt.“ Die Zahl von Todesfällen infolge von Herzschlag ist in der Stadt Newyork von 11 364 im Jahre 1920 auf 12 008 im Jahre 1921 gestiegen. Dies ist bei weitem die stärkste Zunahme, die eine einzelne Todesart erfahren hat, und umso auffälliger, als im übrigen der Gesundheitszustand der Newyorker sehr gut ist und die Sterblichkeitszahl für 1921 einer der niedrigsten war seit Bestehen der Stadt.

Die Milch wird billiger — in der Schweiz.

Verhandlungen in Bern zwischen Produzenten- und Konsumentenverbänden haben ergeben, daß für die Milch auf den 1. April ein Preisabschlag von 6 Rappen und auf den 1. Mai ein weiterer Abschlag von 5 Rappen eintreten soll. Der Milchpreis würde sich dann auf 20—22 Rappen, wie vor dem Kriege, stellen. Schon im Interesse unserer Kleinen sollte man hoffen und wünschen, daß es sich ermöglichen ließe, Schweizer Milch zu ermäßigten Preisen auch über die Grenze zu bekommen. Bei dem gegenwärtigen Stand unserer Saluta wird dies wohl nicht möglich sein; denn das Liter Milch würde sich noch immer auf über 10 M stellen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 27. März 1922.

Haus- und Grundbesitzerverein Calw.

Man schreibt uns:

Am Freitag, den 24. März, fand im „Babilischen Hof“ die erste ordentliche Hauptversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins statt. Diese war sehr stark besucht, der kleine Saal bis zum letzten Platz besetzt und auch zahlreiche Frauen waren anwesend. Der 1. Vorsitzende, Herr Sattlermeister Emil G. Widmayer, eröffnete die Versammlung mit einer herzlichen Begrüßung der erschienenen Gäste, u. a. auch des Herrn Stadtvorstandes, und überließ dann das Wort dem Geschäftsführer, Herrn Kaufmann Carl Reichert, zum Geschäftsbericht. Dieser konnte eine langsame, aber stetige Zunahme der Mitgliederzahl feststellen, ein Beweis dafür, daß die Notwendigkeit des Zusammenschlusses mehr und mehr auch von dem dem Verein bisher ferngebliebenen Hausbesitzern erkannt wird. Der Redner ging auf alle Gebiete der für den Hausbesitzer so einschneidend wirkenden Tagesfragen ein und wußte, wiederholt das Wort ergreifend und die durch die Wahlvorgänge entstehenden Pausen geschickt ausfüllend, das Interesse der Zuhörer so zu fesseln, daß die Versammlung erst nach 11 Uhr aufgelöst werden konnte. Der Redner, Herr Kaufmann Wochel, erstattete den Kassenbericht, der mit einem kleinen Ueberschussvortrag vom alten in das neue Geschäftsjahr abschloß. Von einer Erhöhung der Mitgliederbeiträge konnte Abstand genommen werden. Einen breiten Raum nahmen die Erörterungen über die Möglichkeit einer Einigung zwischen Vermietern und Mietern ein. An Hand von Tatsachen wurde bewiesen, daß eine solche redlich versucht wurde, daß aber das Verhalten der Gegenorganisation eine solche leider nicht nur vereitelte, sondern auch heute noch als beinahe unmöglich erscheinen läßt. Die Versammlung faßte einstimmig folgende Entscheidung: Die Hauptversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins Calw bedauert die Kampfesweise des Mietervereins und seine geselligen Verweigerung positiver Mitarbeit an der Verbesserung des Verhältnisses von Vermietern zu Mietern. Mit Entrüstung weist der Haus- und Grundbesitzerverein die Behauptung des Mietervereins zurück, die Mieten in Calw seien um das 3—4fache der Friedensmieten gesteigert worden. Durch derartige, sich auch dem einfachsten Gemüte als leichtfertige Uebertreibungen kennzeichnende Behauptungen beweist der Mieterverein lediglich, daß er seine Leitung in die Hände von Leuten gelegt hat, die sich ihrer Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit, ihren Mitgliedern und der Ueberschuldung der dem Mieterverein nicht angehörenden Mieter nicht

bewußt sind.“ Die Wahlen erfolgten sühungsgemäß mittelst Stimmzettels und ergaben die unveränderte Wiederwahl von Vorstand und Ausschuss, sodas die bisherigen, in alle einschlägigen Fragen gut eingearbeiteten Herren, denen das volle Vertrauen der Hausbesitzer ausgedrückt wurde, nach wie vor die Interessen des Haus- und Grundbesitzers vertreten werden.

Ev. Gemeindeabend.

Man schreibt uns: Der Bericht über den „Gemeindeabend des Ev. Volksbunds“ lt. Calwer Tagblatt vom 23. März beruht auf einem Irrtum, insofern derselbe nicht vom Ev. Volksbund, sondern von der Ev. Gesamtgemeinde veranstaltet und vom Kirchengemeinderat beschlossen wurde. A.

Schutzgebiete heimischer Natur.

Im Bund für Vogelschutz sprach in Stuttgart nach Begrüßungsvorträgen von Frau Kommerzienrat Hähle Fortmeister Dr. Feucht-Leinach über die Schutzgebiete heimischer Natur. Er führte in Worten und Bild in das Banngebiet des Wildsees am Ruhestein, das seit 1911 mit seinen 73 Hektar in aller Urwüchsigkeit erhalten wird, in das Wildseemoos bei Wildbad, das kürzlich knapp vor der Ausbeutung gerettet wurde, an den Federsee, wo der Bund für Vogelschutz einen Naturschutzpark besitzt, an die Donau zwischen Tuttlingen und Beuron, wo gleichfalls ein Naturschutzpark errichtet ist, auf die Vogelschutzinsel bei Lauffen a. N. und in die Reiherkolonie bei Moorstein an der Jagst. Angeregt wurde die Errichtung eines Banngebietes auf dem Hohentwiel, an Felsbrüchen der Albberge und oberschwäbischen Seen. Der Vortrag fand starken Beifall.

Erwerbslosenstatistik.

Im Januar waren im ganzen Deutschen Reich 164 322 Personen voll erwerbslos, davon 36 Proz. in Berlin, in Württemberg nur 1057 Personen oder 0,6 Proz. der Gesamtbevölkerung des Reiches. Von diesen letzteren entfielen auf Stuttgart 32 Personen. Daraus geht hervor, daß Berlin 36mal mehr Arbeitslose hat als Württemberg, je im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Württemberg würde selbst bei 4 Millionen Einwohnern noch nicht 1 Proz. aller Arbeitslosen stellen.

Bevölkerungsbewegung.

Nach der Statistik über die Bevölkerungsbewegung in den größeren Gemeinden Württembergs von 5000 und mehr Einwohnern ergibt sich, daß die Eheschließungen im Jahr 1921 im Rückgang begriffen waren. Der Geborenenüberschuss hat um etwa 100 abgenommen. Eheschließungen im ganz Land wurden 1921 etwa 26 000 (1920: 32 000) verzeichnet. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 63 600 (1920: 65 600), die der Gestorbenen 35 000 (37 000), so daß sich voraussichtlich ein Geborenenüberschuss von etwa 28 000 (27 000) ergeben dürfte.

Rückgang der Schülerzahl in Württemberg.

Nach den Mitteilungen des Stat. Landesamts betragen die Kinderzahlen 1906—12 402 300, in den Jahren 1915 bis 1921 dagegen 276 000 in sämtlichen Volksschulen. Die Zahl der Volksschüler- und -schülerinnen wird demnach in den Jahren 1919—27 mindestens im Verhältnis 402 zu 277, also 100 zu 69 zurückgehen. Der Rückgang ist also sehr beträchtlich, eine Wiedergewinnung ist nicht in Aussicht zu nehmen. Der Aufwand des Staates betrug 1911 für die Volksschulen 22,5 Millionen, darunter 14,4 Millionen durch die Gemeinden. Im Jahr 1921 stieg der Gesamtaufwand des Staates für das Volksschulwesen auf 116 Millionen M. Er wird sich im Jahr 1922 noch weiter steigern.

Schülermonatskarten.

Vom 1. April ab werden auch Schülermonatskarten an Personen unter 18 Jahren ausgegeben, die auf Grund eines gesetzlichen Lehrvertrags ein Handwerk erlernen. Die Bortrude sind von den Fahrkartenausgaben zu beziehen. Der Antrag ist vom Lehrmeister zu bescheinigen und die Handwerkskammer hat zu beurkunden, daß die Angaben richtig sind und der Lehrvertrag ihr vorgelegen hat.

Erleichterungen bei Sonntagskarten.

Von Samstag, den 1. April ab können die Sonntagsfahrkarten am Tage vor einem Sonn- und Festtag zur Hinfahrt schon von 12 Uhr mittags an benutzt werden. Wie die Eisenbahn-Generaldirektion mitteilt, zwingt der derzeitige Mangel an Personenwagen und Lokomotiven und die Bahnhofsverhältnisse in Stuttgart dazu, daß die Benutzung aller Züge zwischen 12 und 1 Uhr, zum Teil aber auch zwischen 2 und 4 1/2 Uhr für Inhaber von Sonntagsfahrkarten ausgeschlossen bleibt. — Das ist geradezu unglaublich und recht bürokratisch, wie dies bei keiner anderen Generaldirektion des ganzen Reiches möglich wäre. Erst gewährt man der Bevölkerung die lang ersehnte Vergünstigung, die in anderen Reichsteilen schon längere Zeit eingeführt ist und gleichzeitig schließt man die Wirkung dieser Erleichterung durch das Verbot der Benutzung wichtiger Züge wieder aus. Es sind vor allem die Züge, die für den Ausflugsverkehr nach Reutlingen—Tübingen und nach dem Oberland, sowie nach Freiburg (2.32 Uhr) in Betracht kommen. Das württ. Volk wird diese Zurücksetzung durch eine Reichsbehörde niemals verstehen und eine Aenderung dieser ganz unhaltbaren Einschränkungen zu erreichen versuchen.

Ablösung der Naturalbesoldungsleistungen.

Zwischen dem Geschäftsführer des Württ. Gemeinderats und dem Evangel. Konsistorium fanden Verhandlungen statt über die Ablösung der Naturalbesoldungsleistungen der Gemeinden an die Pfarstellen. In der Hauptsache handelt es sich dabei um Holzlieferungen. Der Vertreter des Evangel. Konsistoriums bestand grundsätzlich auf der Vergütung des örtlichen Preises, gestand aber für hart angelegte Gemeinden eine gewisse Berücksichtigung zu. Der Württ. Gemeinderat wird sich weiter mit der Sache beschäftigen.

Mitmaßliches Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Der Einfluß des Luftwirbels im Westen wirkt zunächst günstig, wird aber bald beim Näherücken der Depression sich wieder ungünstig bemerkbar machen. Am Mittwoch und Donnerstag wird nach vorübergehender Aufheiterung aber kalter Nacht wieder meist bedecktes und auch mit Niederschlägen, srichweise mit Schneefällen verbundenen Wetter zu erwarten sein.

mittels Stimm-
von Vorstand und
Fragen gut ein-
Hausbesitzer aus-
aus- und Grund-

den „Gemeinde-
blatt vom 23.
derselbe nicht
Gesamtge-
emeinderat be-
A.

atur.
art nach Begrü-
Forschner Dr.
ischer Natur. Er
des Wildsees am
aller Urwüchsigkeit
das kürzlich knapp
fer, wo der Bund
Donau zwischen
schupark errichtet
nd in die Reiherte-
die Errichtung
bruttschen der Ab-
nd starken Beifall.

n Reich 164 322
in Berlin in
Proz. der Gen-
entfielen auf
vor, daß Berlin
erg, je im Ver-
rg würde selbst
Proz. aller Ar-

gsbewegung in
von 5000 und
schließungen im
Der Geborenen-
Geschließungen
(1920: 32 000)
betrug 63 000
(37 000), so daß
von etwa 28 000

Württemberg.
desamts betru-
en Jahren 1915
rkschulen. Die
ird demnach in
tnis 402 zu 277,
ist also sehr be-
usichtig zu rech-
für die Volks-
tionen durch die
ntaufwand des
Millionen M. Er

monatskarten an
die auf Grund
erlernen. Die
zu beziehen.
nigen und die
die Angaben
legen hat.

karten.
Sonntagsfahrkarten
sicht schon von 12
n-Generaldirektion
mwagen und Loko-
art dazu, daß die
am Teil aber auch
agsfahrkarten aus-
und echt bürotra-

9) Roman von Johannes van Dewall.
So sich gegenseitig neidend gingen die beiden, vom Pro-
fessor geleitet, hinaus und die Treppe hinunter. —
„Haben Sie wohl gesehen, wie er sich freute, uns los
zu sein?“ sprach das Mädchen, unten im Wagen sitzend.
„Natürlich! — Hihi! . . . Er sah wie auf Kohlen.“
Sie jubelten zusammen davon und ließen den kleinen
Professor oben allein.
Eine ganze Weile ging derselbe nachdenklich in seinem
geräumigen Atelier auf und ab, die Hände auf dem Rük-
ken und den klugen Kopf ein wenig vornüber gebeugt.
„Ach war ein Thor,“ murmelte er einige Male leise vor
sich hin, „ich habe mich überrumpeln lassen . . . Wenn es
herauskommt . . . welch ein Skandal!“
Er löschte dann die Ampel aus, zündete ein Licht an
und krieg, gefolgt von seinem Hunde, langsam die Treppe
hinab in seine Privatwohnung.
Eine Weile trante er dort in einem großen Söhranke
herum, welcher allerhand Kostüme enthielt, bis er gefun-
den hatte, was er suchte: die braune Kutte eines Mönchs
mit Kragen und Kapuze.
Er hing das Gewand über die Stuhllehne und begann
sich umzukleiden. In hohen Stiefeln, einem langen, war-
men Kote und darüber einen noch wärmeren Mantel
stieg er die Treppe hinunter und verließ das Haus.
Er ging in ein Maskenverleihschäft und versorgte
sich dort mit einer Maske und einem großen weißen Barte.
Wäre er einen Augenblick früher gekommen, so hätte er
seinem Freund, dem blassen Rittmeister, noch dort begeg-
nen können, welcher in demselben Laden einen schwarzen
Domino und eine Maske nebst Perücke erhandelt hatte.
III.

1. Gemeinderats
Verhandlungen
Leistungen
der Hauptsache
Der Vertreter
sächlich auf der
ber für hart an-
tigung zu. Der
t der Sache be-

und Mittwoch.
en wirkt zunächst
der Depression
Am Mittwoch
der Aufheiterung
auch mit Nie-
erbundenen Wet-

Die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

Wie die Ministerien des Innern und der Finanzen bekannt geben, kommt eine Erhöhung der staatl. Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer über den im Mai 1921 beschlossenen Satz hinaus nicht mehr in Frage, wenigstens nicht für das Rechnungsjahr 1921. Der Steuerfuß für die Grund- und Gebäudesteuer beträgt 4 Proz., der für die Gewerbesteuer 2,1—4 Proz.

Württ. Städtetag.

Der Vorstand des Württ. Städtetags hat in einer Sitzung eine Eingabe an den Landtag beschlossen, daß der Teil des Ausführungs-gesetzes zum Landessteuergesetz, der die Hundesteuer, die Wohn- und die Fremdenwohnsteuer betrifft, noch von dem 1. April erliebigt werden möchte, da die Gemeinden auf die erhöhten Einnahmen aus diesen Steuern und Abgaben unbedingt angewiesen seien. Sodann stellte er Richtlinien auf für den Anfall von Gebühren für die Aus-stellung von Zeugnissen. In der Frage der Brennholzversorgung der Städte, insbesondere der minderbemittelten Bevölkerung erklärte er sein Einverständnis mit dem Vorschlag, Lieferungsverträge zwischen den Gemeinden bzw. den Konsumvereinen einerseits und den Händ-lerorganisationen andererseits abzuschließen. Er ist überzeugt, daß es den Städten nur auf diesem Wege möglich sei, für ihre Bevölkerung Holz zu angemessenen Preisen zu beschaffen. An eine Wiedereinfüh-rung der Zwangswoirtschaft sei nicht zu denken. Da die verschiede-nartige Legung der Schulferien, namentlich mit Schulhäusern mit mehr-eren Schulgattungen eine Erschwerung des Betriebs mit sich bringt, soll versucht werden, dahin zu wirken, daß in allen Orten, deren Verwaltung es wünscht, eine Vereinheitlichung der Schulferien ein-schließlich der beweglichen schulfreien Tage stattfindet, wobei hinsicht-lich der Sommer- und Herbstferien den besonderen örtlichen Be-dürfnissen Rechnung getragen werden kann. Scharfen Protest er-hebt er gegen die Versuche der Reichsbehörden, den Gemeinden eine Schematisierung der Beamtenbesoldung aufzudrängen, vor allem aber auch dagegen, daß das Reichsfinanzministerium — in völliger Ver-kennung der unterschiedlichen Stellung und Aufgaben der Gemeinde-beamten gegenüber den Reichs- und Staatsbeamten — die Finanz-ämter beauftragt hat, die Eingruppierung der städt. Beamten zu kon-trollieren. Schließlich besprach er sich über die zweckmäßigste Art der Verteilung der für die Mittelstandshilfe ersammelten Gelder. Er hält es für dringend erwünscht, daß städt. Organe dabei mitwirken oder die Verteilung ganz in die Hand nehmen. Die übrigen Gegen-stände der reichhaltigen Tagesordnung betrafen interne Angelegen-heiten.

Landtag.

(S. B.) Stuttgart, 24. März. Die Große Anfrage des Zen-trums über die Kotlage der Kapitalrentner beschäftigte den Land-tag zusammen mit der Beratung des 15. Nachtragssetats der 4 Millio-nen zu ihrer Unterhütung fordert. Scheef (D. v. B.) beantragte die Verteilung des Geldes durch ehrenamtliche Ortsausschüsse. Die Regierung, die Rechte und das Zentrum wünschten die Verteilung durch die Zentralleitung für Wohltätigkeit unter Heranziehung ehren-amtlicher Kräfte. Scheef nannte diesen Weg bürokratisch und sprach von dem alten Kampf zwischen Zentralisation und Dezentralisation. Wenn man die Sache den Gemeinden übertrage, brauche man keine neuen Beamten. Bod (Z.) definierte den Begriff der Kapitalrent-ner als Leute, die arbeitsunfähig sind und von winzigen Kapital-vermögen leben müssen. Solche Leute gäbe es im Reich etwa 500 000. Die 4 Millionen reichen nicht aus, obgleich die Gemeinden denselben Betrag beizusteuern haben. Es werde besser sein, statt Geld Lebens-mittel, Heizmaterial, Kleidung, Beihilfen, Darlehen, Leibrenten, Ar-beitsmöglichkeit usw. zu schaffen. Aber die Organisation müsse in einer Hand liegen. Die demokratische Art der Verwaltung sei kost-spiefiger auch in den Gemeinden. Bei dem Regierungsvorschlag sei der Einfluß der Gemeinden gesichert. Kinkel (U. S. P.) unterstützte den Antrag Scheef und warf dem Staat vor, daß er nachhinkte. Wi-der (D. v. B.) rühmte die Leistungen der Zentralleitung für Wohl-tätigkeit bei der Mittelstandshilfe, Staats- und Gemeindevertreter seien dabei, Ueberlässe man die Verteilung aber den Gemeinden, so könnte die ganze Verteilung politisiert werden. Es sei paradox, wenn Regierungsparteien in dieser Weise die eigene Regierung an-greifen. Heymann (Soz.) sprach sich für den Antrag Scheef aus.

Auf schiefer Ebene.

entzaltet wurde. Ein wurden viel besucht von der leicht-
lebigen und lebensfrohen Bevölkerung der Residenz. Man
sah dort so ziemlich alle Stände vertreten, vornehmlich
alle Lebemannern traf man dort, aber auch Damen vom
Theater und unternehmende Schönen aus der Gesellschaft,
aus den höheren Bürgerkreisen und der Aristokratie wa-
gen sich dorthin unter der schützenden Maske, um zu intri-
gieren oder intrigiert zu werden. Allerdings zogen sich
dieselben, wenn ihnen das Treiben da unten zu hart
wurde, gemeinlich in ihre Logen zurück, von wo aus sie,
dem Trubel entrückt, denselben dennoch von oben herab
bebaglich übersehen konnten.
Durch ein hohes Eintrittsgeld war übrigens dafür ge-
sorgt, daß die Gesellschaft nicht gar zu gemischt wurde. —
Wenn man daher auf jenen Maskenbällen den Damen aus
der zahlreich vorhandenen vornehmeren Demimonde der
Großstadt begegnete, so war man doch andererseits sicher,
niemals etwas zu erblicken, was die gute Sitze verletzte.
— Der Ton auf jenen Bällen war im allgemeinen ein aus-
gelaßener-anständiger. Man wollte sogar wissen, daß viele
Damen der hohen Aristokratie und der Hochfinanz, sowie
Herren vom Hofe und selbst die königlichen Prinzen bis-
weilen ganz im geheimen auf denselben sich erlustigten,
und dieses gerade gab jenen Bällen einen ganz besonderen
Reiz.
Kurz vor elf Uhr fuhr die einsame Promenade hinun-
ter, in dem tiefen Schnee beinahe unheimlich geräuschlos,
ein dichtverschlossener Mietwagen und hielt an der Ecke
des Schloßhärtchens still.
Der Sturm hatte sich gegen Abend ein wenig gelegt,
dafür aber fielen die weißen Flocken jetzt um so dichter
hernieder auf die winterliche Erde.
Der Kutscher auf dem Boche zog fröstelnd den Kragen
höher herauf und murmelte einen Kluch, indem er in die-
ses Schneetreiben mürrisch hinauslah. Bei einem solchen
Hundewetter von des morgens früh bis spät in die Nacht

der alle Möglichkeiten offen lasse, auch die freiwillige Mitarbeit der
caritativen Organisationen. Fausel (Komm.) forderte außerdem,
daß mindestens ein Drittel der Ortsausschüsse aus Mitgliedern der
Gewerkschaften bestehen müsse. Vides (D. v. B.) fand den Apparat
der Gemeinde zu teuer, ohne Mißtrauen gegen sie zu hegen. Seine
Partei lehne den Antrag Scheef aus Zweckmäßigkeitsgründen ab.
Präsident Haag stellte fest, daß die Mittelstandshilfe großen Anklang
gefunden habe. 70 Prozent der dabei unterstützten Personen waren
notleidende Kleinrentner. Was lag näher, als diese Organisa-
tion nun ebenfalls der Zentralleitung zu übertragen. Man werde
den Gemeinden entgegenkommen, die Sache aber nicht in ihr Be-
lieben stellen. Als Scheef seinen Antrag dahin änderte, daß über die
Verwendung der Mittel gemeinsame Richtlinien aufgestellt werden,
geriet er in die Kriegspolizei und rief hürnische Zwischenrufe und
allgemeinen Lärm hervor. Bei der Abstimmung wurde das Kapitel
über die Kapitalrentner genehmigt. Der Antrag Scheef wurde
in namentlicher Abstimmung mit Stimmengleichheit abgelehnt, eben-
so aber auch der Antrag des Finanzausschusses. Die Entscheidung
findet erst morgen in der 3. Sitzung statt.

Die bedrohte Post der Landbewohner.

(S. B.) Stuttgart, 24. März. Abg. Flad (D. v. B.) hat fol-
gende kleine Anfrage eingebracht: Die Oberpostdirektion Stuttgart
macht gegenwärtig den Landgemeinden, die durch sog. Landpostboten
versorgt werden, die Mitteilung, daß aus Erparnisgründen die zweite
Postbestellung eingestellt werde, wenn die Gemeinden nicht den Auf-
wand hierfür übernehmen. Auch die Botenfahrten sollen eingestellt
werden, obwohl es den betreffenden Postboten unmöglich sein dürfte,
die Postpakete 10—25 Kilometer weit zu tragen. Es handelt sich um
Aufhebung einer Einrichtung, die sich schon vor vielen Jahren als
notwendig erwiesen und seither gut bewährt und eingebürgert hat,
und es handelt sich um eine weitere Verschlechterung der Verkehrs-
verhältnisse des platten Landes, sowie um eine weitere Zurücksetzung
und Benachteiligung der Landgemeinden gegenüber den Städten,
wo diese Einschränkungen in dem Maße nicht gemacht werden, aber
auch nicht gebildet würden. Die Kletter, die Industrien, die Ge-
werbetreibenden, ja die ganze Landbevölkerung werden aufs Schwerste
geschädigt und benachteiligt und die Gemeinden in ihrer wirtschaft-
lichen Entwicklung gehemmt. Ist das Staatsministerium bereit, bei
der Reichsregierung mit aller Energie dahin zu wirken, daß diese,
die wirtschaftliche Entwicklung der Landgemeinden hemmende und die
Erwerbsstände schwer schädigende Sparmaßnahme unterbleibt und
die Luft zwischen Stadt und Land nicht noch mehr vergrößert wird
durch einseitige Benachteiligung und Zurücksetzung der Land-
gemeinden?

Württemberg hat keine Valutashulden in der Schweiz.

(S. B.) Stuttgart, 25. März. Die „Frankf. Ztg.“ mel-
det, daß Baden, Bayern, Hessen und Württemberg für
Viehlieferungen 800 Millionen M. Valutashulden in der
Schweiz hätten. Demgegenüber erfahren wir, daß Würt-
temberg keinerlei Schulden mehr in der Schweiz hat.

Oberhaugstett, 24. März. Auch in unserer kleinen Ge-
meinde wurde ein zehnwöchiger Nächsturs abgehalten unter
Leitung von Fr. Bromberger. Es nahmen 22
Mädchen daran teil, sogar von der Nachbargemeinde
Schöndronn. Der Erfolg kann als gut bezeichnet werden,
das zeigte die Ausstellung am letzten Sonntag. Am letzten
Dienstag wurde dann eine bescheidene Schlussfeier im
Gasthaus zur „Sonne“ abgehalten, an der die Herren
Schultheiß Proß, Hauptlehrer Gaiser und einige Ge-
meinderäte sowie die Mütter der Mädchen teilnahmen.
Nach dem Vortrag einiger Lieder jeierte Schultheiß
Proß die Tätigkeit und die Erfolge des Kurjes. Von
weiteren Rednern wurde mit Humor der Schluss gefeiert.
Erwähnt soll noch werden, daß Fr. Bauer, Calw, die
Begleitpflegerin, an der Feier teilnahm. Fr. Bromber-
ger als Leiterin des Kurjes soll auch auf diesem Wege noch
bester Dank ausgesprochen sein.

Simmozheim, 25. März. Die Mitglieder des hiesigen
Männergesangsvereins „Liederkranz“ veranstalteten am
letzten Sonntag nachmittags im neuen Saale des Gasthofes
zum „Lamm“ hier eine kleine Feier im engsten Familien-

kreis. Sie gingen dabei von der ganz richtigen Erkenntnis
aus, daß auch ihre Frauen und Kinder, die ja auch sonst
im alltäglichen Leben Freude und Leid mit Gatten und
Vater teilen, ein Anrecht darauf haben, in zwanglosem
Beisammensein dem Gesange der Väter zu lauschen und
Lust und Freude am schönen Gesange zu finden. Der ge-
räumige Saal war denn auch bis auf den letzten Platz be-
setzt, ein erfreuliches Zeichen, daß der Sinn und das Inter-
esse am Hohen und Schönen wieder rege wird. Zur Ver-
schönerung des Nachmittags hatte unser junger, rühriger
Dirigent Adolf Matz, — ein hiesiger Bürgersohn, —
3 Kollegen vom Nagolder Seminar mitgebracht, die eine
in jeder Beziehung klassische Streichmusik boten. Ein-
drucksvoll waren einige von unserem Dirigenten mit Klav-
vierbegleitung vorgetragene Lieder wie: „Es zogen drei
Burschen wohl über den Rhein“ u. a. Er hat dabei ge-
zeigt, welche gute Wirkung ein Gesang hervorbringt, bei
welchem die Vortragszeichen beachtet und auf die Aus-
sprache Wert gelegt wird, namentlich dann, wenn der
Sänger mit Leib und Seele bei der Sache ist. Unter Vor-
trägen des Vereins und Darbietungen des Streichquar-
tetts vergingen die drei festgesetzten Stunden im Fluge,
denk leider mühten die Musiker um 5 Uhr wieder abreisen.
Sie wurden von ehrlichem Beifall belohnt und mit dank-
baren Blicken verabschiedet. Hochbefriedigt ging die Ver-
sammlung auseinander, mit dem Gelübde, zur Pflege des
deutschen Liebes und des kameradschaftlichen Geistes auch
in Zukunft fest und treu zusammenzustehen.

(S. B.) Wildbad, 24. März. Der Gemeinderat beriet
über den Haushaltsplan für 1921-22, der bei 6,1 Mill. Ein-
nahmen und 6,4 Mill. M. Ausgaben einen Abmangel von
287 000 M. aufweist. Es soll eine Umlage von 10 Proz.
erhoben werden. Die niedrige Gemeindeumlage ist wie-
der den guten Holzpreisen aus den Stadtwaldungen zu
verdanken. Der Reinertrag des Stadtwaldes wurde mit
über zweieinhalb Mill. M. angegeben. Durch die Kurztage
nimmt die Stadt 100 000 M. und durch die Vergnügungs-
steuer 30 000 M. ein. Die Bergbahn hat einen Ueberfluß
von 4800 M., trotzdem an das Reich 42 000 M. Fahrkarten-
steuer abgeliefert werden muß.

(S. B.) Pforzheim, 26. März. In der öffentlichen Be-
dürfnisanstalt Jan man am Luisendurchgang den in der
Maschinenfabrik von Hamm u. Dürr angestellten 18 Jahre
alten Fritz Burger, der bei seinem verheirateten Schwager
in Dürrmehz wohnt und alle Tage zur Arbeit hierher fährt,
anscheinend bewußlos am Boden liegen. Als man sich um
ihn annahm, und ihn in das benachbarte Haus von Bäcker-
meister Lang brachte, erklärte er, er komme von der Rhei-
nischen Kreditbank, wo er 100 000 M. Lohngehälter zu holen
gah habe und das Geld sei ihm von einem Unbekannten,
der ihn nach dem Betreten der Bedürfnisanstalt nieder-
geschlagen habe, entrisen worden. Verletzungen bemerkte
man an Burger nicht, abgesehen von einer Schürfung an
der Nase, die vom Hinfallen herrühren konnte. Burger
wurde nach dem Krankenhaus gebracht, aber schon nach we-
nigen Stunden mußte er diesen Aufenthalt mit dem Unter-
suchungsgesängnis vertauschen. Sein Schwager, Maler-
meister August Groh, der während der Tat nicht in Dürr-
mehz, sondern hier in Pforzheim war, ist ebenfalls fest-
genommen. Das abhanden gekommene Geld ist noch nicht
wieder beigebracht.

(S. B.) Stuttgart, 26. März. Die Kosten des Haupt-
bahnhofs erhoben sich, wie das „Neue Tagblatt“ berichtet,
infolge der außerordentlichen Teuerung auf 90 Millionen
Mark.

(S. B.) Stuttgart, 25. März. Die Staatsanwaltschaft
erläßt ein Ausschreiben wegen eines großen Diebstahls im
Warenhaus Winkol in der Neckarstraße. Es wurden u. a.
gestohlen: 140 Meter Satin, 6 Kostümröcke, 11 Jumper,
12 Ueberblusen, 10 Schals, 15 Duzend Damenstrümpfe, 4
Paar Herrenhemden, 2 Duzend Gesichtseisen u. a. Für
die Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 1000 M.
ausgesetzt.

(S. B.) Untertürkheim, 24. März. Die hiesige Polizei
hat wieder einen vom Oberland nach Pforzheim dirigier-
ten Riehwagen durchsucht und eine Riste mit 900 Eiern
entdeckt. Da sie dieselben nicht beschlagnahmen konnte,
mußte der Abfahrende laut Untert. Ztg. 850 M. Fracht nach-
zahlen.

hinein zu kriechen auf dem schmalen Sitze da oben, das mag
der Teufel holen.

Die mageren Mähren standen da und steckten die Köpfe
zusammen. Ein dicker Qualm stieg auf von ihren Leibern.
Bei dem gelblichen Schein einer Gaslaterne konnte man
das Gesicht des Professors hinter den Scheiben jener
Kutsche erblicken, ganz eingerahmt von einem schützenden
Pelzkragen. Sein Auge spähte unverwandt hinaus. Von
dem Turme der Schloßkirche trug der Wind die dumpfen
Glockenschläge herunter — elf Uhr war es. — Gleich dar-
auf antwortete die Paulskirche in etwas weiterer Entfer-
nung, dann vernahm man die Pfeife des Wächters und
die hellen Schläge der Akademieuhr ganz in der nächsten
Nähe. Einige Minuten noch, dann huschte ein anderer
Wagen herzu und hielt neben dem des Professors still. Es
war ebenfalls ein Fiaker. Der Professor sprang in Eile
heraus, sprach einige Worte zu dem Manne drüben auf
dem Boche und verschwand dann mit einem „Guten Abend,
Madame,“ in dem Innern des zweiten Wagens.

Beide Fuhrwerke entfernten sich hierauf, das eine fuhr
im Schritt dem warmen Stalle zu, das andere dagegen in
munterem Trab die Promenade hinunter und durch eine
Anzahl breiterer und schmalerer, tief verschneiter und mens-
chenleerer Straßen bis zu einem freien Platze am Strome,
wo heller Lichtschein es umgab und einzelne andere Fuhr-
werke ihm begegneten.

Dieser Lichtschein nahm an Stärke zu. Durch das
Schneegeföhre hindurch erblickte man die hell erleuchtete
Front eines monumentalen Gebäudes, eine breite Treppe
und eine Säulenhalle; — man war zur Stelle.

Fast kein Wort hatten die Insassen jenes Wagens mit
einander gesprochen während der Fahrt. Beide waren be-
fangen, die Situation war eine peinliche.

„Sie sind auch durchaus sicher, daß Sie niemand erken-
nen wird, Durchlaucht?“ frag der Professor besorgt.
(Fortsetzung folgt.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar ist gestern auf 323,80 M zurückgegangen.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Der Dollar zu 330 M mit der Aussicht, ihn weiter steigen zu sehen, und die Mark 158 Rappen mit der Befürchtung, daß sie nächstens bloß noch einen Rappen gilt, das ist die Signatur des Geldmarktes. Die neuesten Entscheidungen der Reparationskommission von Paris geben solchen Befürchtungen recht. Der deutsche Geldmarkt muß unter solchen Lasten zusammenbrechen, wenn nicht in Genua eine Korrektur dieser Entscheidungen erfolgt. Bei der Einstimmigkeit, mit der sie in Paris beschlossen wurden, besteht freilich nur eine kümmerliche Hoffnung auf irgendwelche Verständigung. Alles übrige belegen die Zahlen. 100 deutsche Mark notierten am 23. März in Zürich 1,38 (am 16. März 1,89%) Franken; in Amsterdam 0,79 (0,97%) Gulden; in Kopenhagen 1,46 (1,78), in Stockholm 1,20 (1,45) Kronen; in Wien 2295 (2697), in Prag 1737,50 (2075) Kronen und in Newyork 0,29 1/2 (0,36%) Dollar.

Börse. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Börsentendenz allmählich unabhängig von der Bewegung der Devisenkurse wird. Sonst hatten wir bei einem so scharfen Sturz der deutschen Mark wie jetzt eine tolle Hausse, allmählich aber beginnt die Börse einzusehen, daß die Kaufkraft der Bevölkerung mit der Minderbewertung der Reichsmark nachläßt. Infolgedessen beschränkt sich die Hausse auf die reinen Wertpapiere. Auf den sonstigen Umlagegebieten gibt es zwar auch Kurssteigerungen, aber sie halten sich in verhältnismäßig engen Grenzen, weil die Spekulation vorsichtiger geworden ist. Es fehlt auffallend an Unternehmungslust, zumal da auch die breiten Schich-

ten des Publikums von dem letzten Rückschlag noch genug haben. Bevorzugt werden Textilwerte und Kaktien. Die festverzinslichen Anlagepapiere sind leidlich gehalten. Sehr fest blieb 3prozentige Reichsanleihe, die auf 129 stieg. Die Kriegsanleihen waren am Donnerstag um 77,30 angeboten, 4proz. Württemberger um 81.

Produktenmarkt. Je mehr die deutschen Getreidevorräte abnehmen, desto rascher steigen die Preise. Die süddeutsche Mühlenvereinigung hat ihren Preis für Weizenmehl Spezial 0 von 1900 auf 2010 M für den Doppelzentner ab Mühle erhöht. In Berlin notierten am 23. März Weizen 805-810 (plus 105), Roggen 602-612 (plus 70-80), Gerste 690-710 (plus 120), Hafer 600 bis 610 (plus 100), Mais 540-543 (plus 90) Mark. An der letzten Stuttgarter Landesproduktbörse sind die Preise um 10 M auf 440-460 per Doppelzentner gestiegen, die Strohpreise mit 160-170 M unverändert geblieben.

Warenmarkt. Die Preisströmung wird tapfer gedreht in einem Tempo, das dem realen Handel jede Möglichkeit zu einer geordneten Geschäftsgebarung unterbindet. Es hat gar keinen Zweck mehr, die einzelnen Branchen aufzuführen und die Preiserhöhungen ziffernmäßig zu verzeichnen, denn die Zahlen sind, bis sie dem Leser zu Gesicht kommen, durch die neuen Tatsachen schon wieder überholt. Es geht jetzt östreichisch zu und wird auch östreichisch enden. Den meisten Leuten ist es nicht mehr möglich, bei normalen Verdienstmöglichkeiten ihre Bedürfnisse einzukaufen, ohne sich die schwersten Einschränkungen aufzulegen.

Viehmarkt. Auch hier dauert die Preissteigerung unvermindert fort. Ein Paar Ochsen kosten jetzt 50 000 M, ein Paar Stiere 30 000, eine gute Kuh mindestens 20 000 Mark, ein schönes Kind sogar 14 000 M. Die Stuttgarter Schlachtviehpreise ziehen gleichfalls schnell an. Auf den letzten Werdemärkten wurden Phantastikerpreise bezahlt.

Holzmarkt. Lage unübersichtlich, Preise weiter steigend, allmähliche Warenknappheit.

Holzverkäufe.

(ECB.) **Freudenstadt, 26. März.** Zu der letzten Brennholzversteigerung hatten sich zahlreiche Kaufliebhaber eingefunden. Vor Beginn der Versteigerung ermahnte Forstmeister Grammel die Anwesenden wiederum, sich nicht auf unnötige Preistreiberei einzulassen, da ja immer noch weitere Holzverkäufe stattfinden werden. Es kamen 499 Rm. zum Verkauf mit einem Ausgebot von 22 410 M, erlöst wurden 34 660 M. Der Durchschnittspreis für ein Raummeter betrug wieder nur 67,50 M. Der Höchstfah für 3 Rm. Buchenanbruch betrug 260 M, für 3 Rm. Nadelholzanbruch 246 M. — Bei dem Nadelstammholzverkauf der Waldinspektion Freudenstadt gelangten in öffentlich mündlicher Versteigerung zum Verkauf: 635 Rm. Fichten und Tannen Lang- und Sägeholz mit einem Gesamtausgebot von 161 107 M. Der Erlös betrug 1 296 455 M gleich 805 Prozent der Taxpreise.

Märkte.

(ECB.) **Untertürkheim, 25. März.** Der Baum- und Kiefernmarkt war schwach besucht, die Preise hoch. Apfel- und Birnenhochstämme kosteten 50-60 M, Spalier 25 bis 35 M, Kirschen und Zwetschgen 35-45 M, Beersträucher 2-8 M. Auf dem Kiefernmarkt wurden für Baumleitern 18-20 M pro Meter bezahlt. Weinbutten kosteten 230, Gölten 70-80, Mostkübel 25 und Wajchzuber, je nach der Größe, 150-450 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen leichtveränderlich nicht an den Werten und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schrill.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Calw, Druck und Verlag von W. C. Schönbauer, Calw, Buchdruckerei Calw.

Elgenhardt, den 26. März 1922.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrubt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit, daß unsere liebe Schwester und Tante

Maria Agnes †

heute früh von ihrem langen schweren Leiden erlöst wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Mart. n. Bückle.

Die Beerdigung findet am Dienstag Nachmittag 2 Uhr statt.

Unterreichenbach, den 26. März 1922.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Verluste meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Bruders u. Schwagers, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für den erhabenden Grabgang des Gesangsvereins Freundschaft und die Musikbegleitung des Musikvereins Unterreichenbach. Denn auch, für die liebevolle Pflege der Krankenschwester, sprechen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
die Gattin: **Friedrike Reinmann**
nebst Kindern.

Geschäftsempfehlung.

Der titl. Einwohnerschaft von Unterreichenbach und Umgebung zur Kenntnis, daß ich das

Geschäft

meines verstorbenen Mannes in unveränderter Weise

weiterbetreibe

und bitte ich höflichst mich in meinem Unternehmen zu unterstützen.

Hochachtend

Friedrike Reinmann
Malermisters-Witwe.

Tüchtige Dosenmacher, Emailleusen, sowie Vergolber-Lehrmädchen und Goldschmieds-Lehrlinge per sofort gesucht
Simon Maier, Pforzheim, Magmillanstraße 24.

15 Maurer

sucht sofort

J. Bolen, Hirsau.

Küferlehrling gesucht.

Ein kräftiger Junge

der das Küfer-Handwerk gründlich erlernen will, kann auf 1. Mai eintreten. Kost und Wohnung im Hause bei **Richard Brenner, Küfermeister, Pflanzungen b. Sinsigtart.**

Mehrere tüchtige **Malergesellen**

finden dauernde Beschäftigung bei **Bernh. Groth, Malergeschäft, vormals Carl Kramer, Liebenzell, Karlstr. 103**

Verloren

ging am Samstagabend von der Oberamtsparkasse bis zum Bahnhof ein Notizbuch mit Gelddbetrag. Der ehrliche Finder wird gebeten, da arme Familie, dasselbe bei guter Bezahlung in der Geschäftsstelle dieses Blattes abzugeben.

Von heute ab beträgt der Stundenlohn

für Waschen und Bügen:

ohne Kost Mk. 7.—
mit „ Mk. 5.—

Sämtliche Wasch- und Bügwaren.

Zur Saat

Koklee (dreißigjähriger Klee), **Kuzerne** (emiger Klee), **Gelbkle** (Hopsenkle), **Bastardkle** (james. Klee), **Lymothee** (Fruantopanz), **Grasjamenmischungen, Wicken, Runkelrüben** (Krieger's Soest), **Gartenamen aller Art** (Kleearten und Lymothee sind jedesfrei) empfiehlt in bester Qualität **Otto Jung.**

Gechingen.

Verkaufe eine **Ruß- und Schaff-Ruh** mit dem zweiten Kalb. **Paul Schable.**

Ottenbronn.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Mittwoch, den 29. ds. Mts abends / 7 Uhr eine neuemleichte, gutgewohnte

Kalbin.



Michael Grohmann.

Bad Teinach.

Verkaufe 2 tüchtige **Ziegen**



Jakob Frommer.

Molkerei-Genossenschaft Deckenpfromm.

Bilanz 1921.

Aktiva.	M.	Passiva.	M.
Kassenbestand	1645.61	Geschäftsausgaben	506.—
Wert d. Immobilien	2700.—	Reservefond	1044.10
Wert der Maschinen	39.0.—	Verbindungs	7431.01
Wert des Mobiliars	300.—	Rückstände	
Varielen	5.0.—	(Umsatzer)	9522.25
Warenvorräte	6777.—	Gewinn für jeuer	119.25
Verbrauchsgegenstände	2800.—		
	18622.61		18622.61

Mitgliederstand am 31. Dezember 1921: 223.

Deckenpfromm, den 24. März 1922.

Der Vorstand:

Gemeindepfleger Dongus; G. Lüg; Christ. Gottlob Lüg.

Ordentliches

Mädchen

auf 1. April eventl. früher gesucht, das im Kochen etwas Erfahrung hat.

Frau Math. Schall, Hedelfingen b. Sinsigtart auch zu erfragen bei Frau W. Bais, Calw.

Größere Partie guterhalt. eichene

Fenster

zu verkaufen. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Althengstett.

Neues

Güllenfaß,

600 Liter haltend, verkauft R. Naschold, Käfertstr.

Gesucht

auf 1. oder 15. April für zwei solide jüngere Herren aus gutem Hause

1 Wohn- und Schlafzimmer mit Morgenkaffee.

Angebote unter B. C. 70 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Unterhaltener

brunelblauer

Anzug

für mittlere Figur und Schreibmaschine „Jost“ wird verkauft Hirsau, Viehhof 38 1/2.

Wand-Kalender für 1922

mit Märkte-Verzeichnis

sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 60 Pf. erhältlich.

Frig Hoffmann, Schweine-Verband



Fellbach bei Stuttgart Fernspr. 141

— Größte modernste Betriebsanlage. —

Vorteilhafteste Bezugsquelle bei Einzel- und Mehrbedarf. Regelm. Einreisen großer Transporte kleiner und großer

Hannoveraner Einstellschweine

(Spez. Hoyaer Schlag) zur Mast und Zucht weitans bestgeeignete Tiere. Direkter Versand zu billigen Tagespreisen nach leb. Gewicht, nicht nach Alter. Transportmat. gegen freie Rücksendung zur Verfügung. Beförderung größerer Posten an Berlin etc. durch eigenes Kastrauto, wodurch große Frachtparais.

NB. Diese Woche großer frischer Bestand.